
ULLSTEIN BILD


SÜDDEUTSCHER VERLAG

Agitatoren Ulbricht, Goebbels*: *Gemeinsam gegen die Weimarer Republik*

ZEITGESCHICHTE

„Nazis und Kozis“

Im Kampf gegen die Demokratie kooperierten Kommunisten auch mit Nationalsozialisten. Besonders eng war die Zusammenarbeit beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik vor 75 Jahren.

Berlin, November 1932, zwei Tage vor der Reichstagswahl. Hunderte Nationalsozialisten und Kommunisten marschieren an der Schöneberger Hauptstraße auf. Aber anstatt aufeinander loszugehen, unterstützen sie Seite an Seite einen wilden Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG).

Einige Schaffner, Zugführer und Depotarbeiter halten den Dienstbetrieb aufrecht. Als ein Wagen der Straßenbahnlinie 40 sich nähert, brüllt die Menge „Streikbrecher“ und „Herunter mit den Bluthunden“. Die Schutzpolizisten, die auf dem Vorder- und dem Hinterperron mitfahren, feuern erst in die Luft, dann – als die Radikalen angreifen – auch in die Masse.

So wie in Schöneberg greifen an diesem Freitag in vielen Teilen Berlins Aktivisten von NSDAP und KPD gemeinsam die Polizei an, die Streikbrecher zu schützen versucht. Der sogenannte rote Freitag markiert den blutigen Höhepunkt des fünf Tage dauernden Ausstands, bei dem vier Menschen sterben.

Gemessen an den bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen gegen Ende der Weimarer Republik ist diese Bilanz eines verlängerten Wahlwochenendes nicht ungewöhnlich. Hunderte kamen 1932 bei Straßenschlachten ums Leben. Doch während sonst Nazis und Kommunisten einander mit Pistolen, Messern oder Totschlägern nach dem Leben trachten, steht der Verkehrsarbeiterstreik für einen anderen, vielfach vergessenen Strang der Geschichte: das destruktive Zusammenwirken von „Nazis und Kozis“ (SPD-Jargon), das zum Untergang der ersten deutschen Demokratie beitrug. Und der BVG-Streik ist dafür ein „Paradebeispiel“ (Historiker Heinrich August Winkler).

Denn organisiert hatten den Ausstand die Arbeiterorganisationen von KPD und NSDAP. Dahinter zogen Walter Ulbricht, der KPD-Chef Berlins und spätere DDR-Gründer, sowie Joseph Goebbels, der Berliner Gauleiter der NSDAP, die Strippen.

Das Resultat dieser Zusammenarbeit hat der Publizist Klaus Rainer Röhl vor einigen Jahren aufgearbeitet**. Vertreter der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) wurden in die von Kommunisten dominierte Streikleitung aufgenommen. Gemeinsam besprach man Maßnahmen gegen Streikbrecher und Polizei. Die Berliner konnten auf den Straßen Nazis und Kommunisten beobachten, die in friedlicher Eintracht mit ihren Klapperbüchsen für die Streikkassen ihrer Organisationen sammelten.

So ganz überraschend kam die Kooperation zwischen Braun und Rot für die meisten Zeitgenossen allerdings nicht. Immer mal wieder hatten die Anhänger Adolf Hitlers und Josef Stalins gemeinsam agiert, bei kleinen Streiks etwa oder dem Volksentscheid in Preußen 1931.

„Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel: die Zertrümmerung des Kapitalismus und der Sozialdemokratischen Partei“, erklärte ganz offen der KPD-Abgeordnete im sächsischen Landtag Kurt Alfred Sindermann.

Die Wähler störten sich erstaunlicherweise nicht an dieser Mischung aus mörderischen Straßenschlachten und gelegentlicher Kooperation gegen die Sozialdemokraten, die große Stütze der ausgezehrten Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erhielten die Demokratiefeinde aus NSDAP (37,4 Prozent) und KPD (14,5 Prozent) zusammen mehr als die Hälfte der Stimmen.

„Jetzt müssen wir an die Macht und den Marxismus ausrotten. So oder so!“, notierte Goebbels kurz darauf in seinem Tagebuch. Doch Reichspräsident Paul von Hindenburg wollte Wahlsieger Hitler nicht zum Reichskanzler ernennen. Im September zeichnete sich ab, dass Anfang November erneut ein Urnengang bevorstand.

Für Hitler wie den deutschen KP-Chef Ernst Thälmann stellte sich damit die Fra-

* Links: bei einer Veranstaltung in Berlin-Friedrichshain am 22. Januar 1931; rechts: am 10. März 1928 in Bernau bei Berlin.

** Klaus Rainer Röhl: „Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalisten im Berliner BVG-Streik von 1932“. Campus Verlag, Frankfurt am Main; 267 Seiten.

ge, in welchem Wählerspektrum zusätzlich Stimmen zu gewinnen seien. Beide Parteiführungen kamen, so Experte Röhl, zum gleichen Ergebnis: „unter den Anhängern des jeweiligen Gegners“. Ein Sieg der proletarischen Revolution, behauptete Thälmann, sei „ohne den Einbruch in die Front der Hitlerbewegung“ unmöglich. Schon im Mai hatte er die Devise ausgegeben, „bei der Auslösung von Streiks“ Nationalsozialisten in die Streikkomitees hineinzunehmen.

Gründe zum Streiken gab es im Herbst 1932 genug. Der damalige Kanzler Franz von Papen wollte mit Lohnkürzungen zumindest einem Teil der mehr als fünf Millionen Arbeitslosen einen Job verschaffen. Papen beseitigte weitgehend das geltende Tarifrecht und löste damit eine Welle von Ausständen aus, auch in der Berliner Verkehrsgesellschaft, dem drittgrößten Betrieb in Deutschland.

Das ehemalige Vorzeigeprojekt sozialdemokratischer Kommunalpolitik hatte unter der Wirtschaftskrise schwer gelitten. Knapp 6500 der einst 28 400 Beschäftigten waren entlassen worden; gleich sechsmal hatte die BVG-Direktion die Löhne gekürzt oder die Arbeitszeit zurückgefahren, wohlgemerkt ohne Lohnausgleich. UO-Tage nannte sich das – Urlaub ohne Bezahlung. Kein Wunder, dass die Arbeiter empört reagierten, als die BVG-Direktion im Oktober 1932 erneut die Stundenlöhne senken wollte. Da half es auch nicht, dass die zuständige Gewerkschaft die geplante Kürzung von 23 auf 2 Pfennig herunterhandelte.

Die Kommunisten sprangen zuerst auf den Zug auf und trommelten für eine Urabstimmung, bald schlossen sich andere an, darunter auch die NSBO. Gauleiter Goebbels: „Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht wiedergewinnen; hat man aber den Arbeiter einmal verloren, dann ist er auf immer verloren.“

Am 2. November votierten 14 471 Arbeiter für den Ausstand, nur knapp 4000 dagegen. Nach der Satzung der zuständigen Gewerkschaft reichte diese Zweidrittelmehrheit zwar nicht aus, zumal nicht nur Gewerkschaftsmitglieder abgestimmt hatten, aber das interessierte nun niemanden mehr.



SCHERL / SÜDDEUTSCHER VERLAG

BVG-Streik in Berlin-Schöneberg (November 1932): *„Aktiver Terror“*

Noch in der Nacht ließen Ulbricht und Goebbels Genossen mobilisieren und Streikposten einteilen. Der sogenannte Massenstreikschutz sollte den Einsatz Arbeitswilliger verhindern, was freilich nicht ganz gelang. Die Streikenden rissen Stromstangen herunter, bauten Barrikaden und gossen Weichen mit Zement aus. Stolz schickten „revolutionäre Arbeiter der BVG“ vom Straßenbahnhof 24 in Lichtenberg an die Moskauer „Prawda“ eine Grußbotschaft als „Beweis der engen Verbundenheit mit Euch“.

Die jeweilige Basis der beiden Parteien hatte keine Schwierigkeiten mit der ungewohnten Kooperation, obwohl man sich sonst die Köpfe einschlug. Über die Gründe des reibungslosen Zusammengehens lässt sich nur spekulieren. Früher glaubten Wissenschaftler, Anhänger von KPD und NSDAP hätten öfter die Lager gewechselt; sogar ein Teil der SA-Stürme sei aus ehemaligen Kommunisten gebildet worden. Doch dafür haben sich keine Belege finden lassen. War es also nur die Parteidisziplin, der braune und rote Genossen folgten?

Am Morgen des Freitags spitzte sich die Situation zu. Vor dem Depot in der Belzigerstraße, dann auch am Rudolf-Wilde-Platz und der Martin-Luther-Straße bedrängten Hunderte Kommunisten und Nationalsozialisten die anrückende Schutzpolizei. Mehrfach feuerten Polizisten, die sich auf Notwehr beriefen, in die Menge.

In den Hochburgen der SA wie der KPD blockierten Streikende die Fahrbahnen, warfen die Scheiben der Führersitze ein und verprügelten Fahrer wie Schaffner. Von den 271 eingesetzten Straßenbahnwagen wurden an diesem Tag 165 teilweise schwer beschädigt. „Die streikenden Arbeiter sind zu aktivem Terror gegen die Streikbrecher übergegangen“, notierte Goebbels. Bei Einbruch der Dunkelheit stellte die BVG den Betrieb vollkommen ein.

Trotzdem zeichnete sich bereits an diesem Abend das Scheitern ab. Eine Ausweitung des Streiks war ausgeblieben. Die S-Bahn, die der Reichsbahn unterstand, fuhr weiterhin, und damit brach auch der Verkehr in Berlin, wie von Goebbels und Ulbricht erhofft, nicht zusammen. Vor allem aber drohte Reichskanzler Papen mit dem Einsatz aller „Machtmittel des Staates“ und ließ die gesamte Berliner Schutzpolizei mobilisieren. Da Hitler den Eindruck aufrechterhalten wollte, er strebe auf legalem Wege in die Reichskanzlei, zog sich die SA noch in der Nacht zurück.

Die NSBO verblieb in der Streikleitung, aber die Gewalt ging nun deutlich zurück. Und nachdem die BVG-Direktion die ersten tausend fristlosen Kündigungen zugestellt hatte – damit entfiel der Anspruch auf die karge Arbeitslosenunterstützung –, bröckelte überall die Streikfront. Die Verkehrsarbeiter würden „um Wiederaufnahme betteln“, schimpfte ein KPD-Funktionär. Am Dienstagmorgen fuhren Straßenbahnen, Omnibusse und U-Bahnen wie gewohnt.

Obwohl der Ausstand am Ende den Streikenden außer Toten und Verletzten nichts eingebracht hatte, schienen die Kommunisten profitiert zu haben. Die KPD gewann jedenfalls am Wahlsonntag 2,4 Prozent der Stimmen hinzu, während die Nationalsozialisten deutlich verloren.

Und dennoch hat sich für die Kommunisten die punktuelle Allianz mit Hitler, für die der BVG-Streik das Paradebeispiel ist, nicht ausgezahlt. Die verhasste Weimarer Republik ging zwar im Januar 1933 endgültig zugrunde. Doch an ihre Stelle trat das braune Reich, in dem KPD-Mitglieder verfolgt und ermordet wurden.

KLAUS WIEGREFE